

S t a d t H a a n
Niederschrift über die
13. Sitzung des Rates der Stadt Haan
am Dienstag, dem 29.03.2011 um 17:00 Uhr
im Bürgerhaus Gruitzen

Beginn:
17:00

Ende:
22:54

Vorsitz

Bürgermeister Knut vom Bovert

CDU-Fraktion

Stv. Marlene Altmann

Stv. Peter Bartz

Stv. Mantoy Becker

Stv. Harald Giebels

Stv. Wolfgang Goeken

Stv. Marlies Goetze

Stv. Udo Greeff

Stv. Dr. Dieter Gräßler

Stv. Gerd Holberg

Stv. Jens Lemke

Stv. Meike Lukat

bis TOP 6

Stv. Klaus Mentrop

Stv. Monika Morwind

Stv. Dr. Karl-August Niepenberg

Stv. Brigitte Taschke

Stv. Andreas Wasgien

Stv. Rainer Wetterau

SPD-Fraktion

Stv. Walter Drennhaus

Stv. Ute Dörr

bis TOP 6

Stv. Jörg Dürr

Stv. Marion Klaus

Stv. Michael Petersen

Stv. Wilfried Pohler

Stv. Michael Schneider

Stv. Bernd Stracke

Stv. Heinrich Wolfsperger

Stv. Ute Wollmann

FDP-Fraktion

Stv. Philip Daniel

Stv. Friedhelm Kohl

bis TOP 6

Stv. Dirk Raabe

Stv. Michael Ruppert
Stv. Patrick Sobbe
Stv. Klaus Straßburg
Stv. Arnd Vossieg

GAL-Fraktion

Stv. Petra Lerch
Stv. Jörg-Uwe Pieper
Stv. Andreas Rehm
Stv. Jochen Sack
Stv. Elke Zerhusen-Elker

UWG-Fraktion

Stv. Gerhard Herder
Stv. Karl-Hermann Käpernick

Die Linke

Stv. Michael Henchoz
Stv. Nelson Janßen

Schriftführer

Herr Fabian Winkler

Verwaltung

Frau Ute Eden
1. Beigeordnete/r Dagmar Formella
Herr Bernd Küper
Herr Günter Opfer
Herr Jürgen Rautenberg
Herr Michael Rennert
Frau Astrid Ruschke-Schwinghammer
Herr Carsten Schlipköter
Herr Wilhelm Terhardt
Herr Udo Thal

Der Vorsitzende Knut vom Bover eröffnet um 17:00 Uhr die 13. Sitzung des Rates der Stadt Haan. Er begrüßt alle Anwesenden - insbesondere die Einwohner - und stellt fest, dass ordnungsgemäß zu der Sitzung eingeladen wurde. Er stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung öffentliche Sitzung

Bgm. vom Bover verweist auf den Nachtrag unter TOP 19.1 und die redaktionelle Umbenennung des TOP 3, da sich die Verwaltung nach dem eindeutigen Votum des HFA zur Vergnügungssteuer-Erhöhung zu einer sofortigen Satzungsänderung entschlossen habe. Weiterhin macht er auf die Mitteilung des Vereins „Phönix“ aufmerksam, die im Zusammenhang mit der möglichen Schließung des Bürgerhauses Gruiten interessant sei.

Öffentliche Sitzung

1./ Fragerecht für Einwohner

Protokoll:

Es liegen 3 Einwohneranfragen vor.

Herr Dr. Helmut Weber fragt: Auf welcher Grundlage - z.B. Satzung - hat der jeweilige Rat 1996, 2001, 2006 und 2011 Vereine und Initiativen mit der Ehrengabe der Stadt Haan ausgezeichnet?

Bgm. vom Bover erläutert, dass es jeweils auf der Grundlage einer gültigen Satzung geschehen sei.

Zusatzfrage des Herrn Dr. Weber: Ist es richtig, dass der HFA am 22.03.2011 einstimmig die Änderungsanträge des Arbeitskreises Leitbildprozess zur Demokratisierung der „Satzung vom 08.01.1996 über die Auszeichnung verdienter Frauen und Männer“ abgelehnt hat?

Stellungnahme der Verwaltung:

Die o.b. Änderungsanträge wurden einstimmig vom HFA abgelehnt.

Frau Frauke Premsel fragt: In welcher Höhe und mit welcher Maßgabe sollen die Kindergartenbeiträge erhöht werden?

Antwort der Verwaltung:

Gem. den Beratungen zu TOP 6 dieser Sitzung hat der Rat mehrheitlich beschlossen, die KiTa-Gebühren auf die alte Staffelung zurückzuführen.

Frau Nadine Ekart fragt: Wie sieht die Zukunft des städtischen Kindergartens Allee-
straße aus Sicht von Politik und Verwaltung aus?

Antwort der Verwaltung:

*Aus Sicht der Verwaltung ergibt sich keine Änderung des status quo für den städti-
schen Kindergarten Alleestraße.*

- 2./ Zuwendungen für Investitionen und Ausstattungen in Kindertageseinrich-
tungen und Kindertagespflege zum Ausbau von Plätzen für Kinder unter
drei Jahren; Anträge**
- des Caritasverbandes für den Kreis Mettmann vom 14.06.2010 für die
Einrichtung in der Düsselberger Str. 7
 - der Privaten Kindergruppe Haan e. V. vom 14.10.2010 für die Einrichtung
in der Guttentag-Loben-Str. 10a
 - des Kath. Kirchengemeindeverbandes Haan-Gruiten vom
10.11.2010 für die Einrichtung in der Hochdahler Str. 14
- Vorlage: 51/031/2011**
-

Protokoll:

Bgm. Formella verweist erneut auf die unklare Situation bei den Investitionszu-
schüssen des Landes und empfiehlt, die Anträge dennoch zu stellen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Beschluss:

- „1. Die Verwaltung wird beauftragt, nach den Richtlinien über die Gewährung von
Zuwendungen für Investitionen und Ausstattungen in Kindertageseinrichtungen und
Kindertagespflege zum Ausbau von Plätzen für Kinder unter drei Jahren (RdErl. des
Ministeriums für Generationen, Familie, Frauen und Integration vom 09.05.2008)
Förderanträge für 2011 an das Landesjugendamt (LVR Köln) zu richten für die
- a) Kindertageseinrichtung in der Düsselberger Str. 7 in Höhe von 57.797,40 EUR;
 - b) Kindertageseinrichtung in der Guttentag-Loben-Str. 10a in der Höhe von
216.523,00 EUR;
 - c) Kindertageseinrichtung in der Hochdahler Str. 14 in Höhe von 255.000,00
EUR.
2. Die Stadt Haan gewährt den Trägern auf deren Antrag zu den unter 1. des Be-
schlussentwurfs aufgeführten Zuwendungsanträgen unter dem Vorbehalt, dass
keine Eigenmittel zur Verfügung stehen, einen städtischen Zuschuss (Übernah-

me der Eigenanteile) für die

- a) Kindertageseinrichtung in der Düsseldorf Str. 7 in Höhe von 5.770,00 EUR;
- b) Kindertageseinrichtung in der Guttentag-Loben-Str. 10a in Höhe von 20.000,00 EUR.
- c) Kindertageseinrichtung in der Hochdahler Str. 14 in Höhe von 24.000,00 EUR.“

3./ Änderung der Vergnügungssteuersatzung **Vorlage: 20/017/2011**

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Beschluss:

„Die Satzung zur Änderung der Vergnügungssteuersatzung wird in der Fassung der Anlage 1 beschlossen.“

4./ Seniorentreff der Arbeiterwohlfahrt, Ortsverein Haan, in der Breidenhofer Str. 7; Antrag vom 10.01.2011 **Vorlage: 51/030/2011**

Protokoll:

Stv. Pohler wiederholt den SPD-Antrag aus dem HFA, den Zuschuss für den Seniorentreff ungekürzt in der bisherigen Höhe beizubehalten. Dieser befinde sich nicht zuletzt aufgrund des Wegfalls der Zivi-Stellen und der damit erzwungenen Besetzung der Stellen mit 400 €-Kräften in einer schwierigen finanziellen Lage. Als Zusatzantrag formuliert er, die pauschale Kürzung der Zuschüsse an Vereine und Organisationen sollten ausgesetzt und die Verteilung der Zuschüsse auf den Prüfstand gestellt werden.

Stv. Lemke erklärt für die CDU-Fraktion, die gute Arbeit der AWO sei allgemein bekannt, doch die sehr schlechte Haushaltslage der Stadt zwingt auch hier zum Handeln.

Stv. Lukat fügt an, dass die Arbeit der AWO und anderer Begünstigter sehr wertgeschätzt werde, doch der Abwägungsprozess, an welcher Stelle der Zuschuss nötiger sei, sei schwierig.

Stv. Sack erklärt für die GAL-Fraktion, man schließe sich dem Antrag der SPD an. Die pauschale Kürzung nach der Rasenmäher-Methode sei bequem, aber ungerecht. Es gelte, bis zu den nächsten Haushaltsberatungen klare Zuschuss-Kriterien auszuarbeiten.

Diese Idee hält **Stv. Ruppert** seitens der FDP-Fraktion für die Zukunft für durchaus bedenkenswert, doch im Haushalt 2011 wolle man auch bei der AWO keine Ausnahme machen.

Auch **Stv. Herder** und der UWG-Fraktion fehlen klare Kriterien für die Zuschussvergabe der Stadt. Da man die bisherige Praxis auf den Prüfstand gestellt sehen wolle und nicht überzeugend finde, andererseits aber die Notwendigkeit zum Sparen erkenne, werde man sich enthalten.

Stv. Stracke gibt zu bedenken, mit einer weiteren Kürzung treffe man die Älteren und sozial Schwächeren in der Gesellschaft. So stehe das Essen auf Rädern auf dem Spiel. Die AWO sei besonders betroffen, da aufgrund ihrer bisher schon großen Unterstützung durch Spenden Privater keine weiteren Spenden akquiriert werden könnten.

Bgm. vom Bovert erkennt Einvernehmen darin, die Zuschussvergabe einer Prüfung zu unterziehen.

Abstimmungsergebnis:

17 Ja- und 25 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen

Beschluss:

„Der Zuschuss für den Seniorentreff in der Breidenhofer Str. 7 ist ohne weitere Kürzung zur Verfügung zu stellen.“

5./ Musikschule Haan e.V. - hier: Zuschussbescheid für die Jahre 2012 bis 2016
Vorlage: II/001/2011

Protokoll:

Bgm. vom Bovert teilt mit, mit der Musikschule nach Vorgabe der Beratungen in allen strittigen Punkten Einigung erzielt zu haben. Nach einem entsprechenden Beschluss im nicht-öffentlichen Teil der heutigen Sitzung werde die Verwaltung den Mietvertrag, den die Vertreter der Musikschule bereits unterzeichnet hätten, gegenzeichnen.

Stv. Lemke freut sich mitsamt der CDU-Fraktion darüber, dass eine Einigung mit der Musikschule zustande gekommen sei. Die CDU schließe sich dem im HFA diskutierten Kompromissvorschlag an. Über die Flächenzuweisungen im neuen Kombi-Gebäude Dieker Straße 69 müsse aber in eine der nächsten Ratssitzungen erneut geredet werden.

Stv. Pohler für die SPD- und **Stv. Ruppert** für die FDP-Fraktion schließen sich ihrem

Vorredner in wesentlichen Zügen ihrer Wortbeiträge an.

Bgo. Formella erklärt, nach dem Umzug in das neue Gebäude werde die Verwaltung dessen Nutzungsstruktur für den HFA aufbereiten und zur Diskussion stellen.

Stv. Sack bedauert ausdrücklich das Wegfallen des Leistungsvertrages, der sich in seiner klaren Leistungsstruktur über Jahre bewährt hatte.

Stv. Herder kritisiert für die UWG-Fraktion, dass auch von ihr die Arbeit der Musikschule als gut bewertet werde, diese aber auch zu erheblichen finanziellen Aufwendungen für die klamme Stadt führe. Ein nachvollziehbarer Vergabeschlüssel, wie die Stadt ihre Zuschüsse an Vereine und Organisationen verteile, fehle. Daher sollten die Zuschüsse nur bis 2014 gezahlt werden. Er beantragt die getrennte Abstimmung der beiden Beschlussziffern.

Abstimmungsergebnis:

Ziffer 1: 40 Ja-Stimmen bei 3 Enthaltungen

Ziffer 2: einstimmig

(**Stv. Stracke** hat weder an Beratung noch Abstimmung teilgenommen)

Beschluss:

„1. Dem Zuschussbescheid für die Musikschule Haan e.V. für die Jahre 2012 bis 2016 in der Fassung der beigefügten Anlage 1 wird mit der Maßgabe zugestimmt, dass in der zweiten Zeile der Seite 3 des Zuschussbescheides das Wort „teilweise“ durch die Worte „in wesentlichen Teilen“ ersetzt wird.

2. Der zwischen der Stadt Haan und der Musikschule Haan e.V. bestehende Leistungsvertrag vom 22.03.2006 mit Änderungsvertrag (Anlage 2) vom 10.12.2010 wird fristgerecht zum 31.12.2011 gekündigt.“

6./ Beratung des Entwurfes der Haushaltssatzung 2011

a) Beratung des Stellenplanes 2011 für den Bereich des Jugendamtes

b) Stellenplan 2011

c) Beratung des Haushaltes 2011 und des Haushaltssicherungskonzeptes 2011-2015 für den Bereich des Jugendamtes

d) Haushaltssicherungskonzept 2011-2015; Hebesatz-Satzung für das Haushaltsjahr 2011 und Haushaltssatzung 2011

Vorlage: 20/016/2011

Protokoll:

a) + b)

Stv. Wetterau erklärt, der Stellenplan 2010 sei bereits auf dem Stand des Jahres 2009 eingefroren worden. Dies gehe so nicht aus dem Beschlussvorschlag der Verwaltung hervor.

Stv. Pohler macht deutlich, dass seine Fraktion die Kürzung des Stellenanteils bei Produkt 050300 (Rentenversicherungsangelegenheiten) nicht mittragen werde und beantragt, die Stellenanteile wieder auf 0,9 anzuheben.

Dieser Antrag wird mit 14 Ja- und 25 Nein-Stimmen bei 5 Enthaltungen abgelehnt.

Mit 25 Ja- und 19 Nein-Stimmen beschließt der Rat: „Den folgenden von der Verwaltung vorgeschlagenen Änderungen zum Stellenplan 2011 wird zugestimmt:

- Es wird eine Stelle 40/11 nach EG 10 ausgewiesen.
- Die Stelle 10/35 wird aufgrund tarifvertraglicher Vorschriften von EG 9 auf EG 10 angehoben.
- Es werden beim Produkt 020420 (Rettungsdienst und Krankentransport) drei neue Stellen nach EG 5 (32/94, 32/95, 32/96) und eine neue Stelle nach EG 3 (32/97) ausgewiesen.
- Bei der Stelle 40/26 wird der Stellenanteil befristet für das Jahr 2011 um 0,1 Anteil erhöht.
- Beim Produkt 080300 (Hallenbad) werden die Stellen 40/51 und 40/59 (10,5 Stellen) mit einem kw-Vermerk versehen.
- Beim Produkt 050300 (Rentenversicherungsangelegenheiten) wird der Stellenanteil um 0,5 gesenkt.
- Beim Produkt 050120 (allgemeine soziale Verwaltung und Beratung) wird der Stellenanteil um 0,5 erhöht.
- Die im Stellenplan 2010 ausgewiesenen Stellen 65/21 und 65/37 entfallen. Bei der Stelle 32/35 wird der Anteil um 0,4 gesenkt.
- Außerdem wird den im Stellenplanentwurf 2011 mit der Bemerkung Nr. 1* durchgeführten Veränderungen zugestimmt.“

* Text der Bemerkung Nr. 1: Durch organisatorische Veränderungen, Aufgabenverlagerungen und Anpassungen an den tatsächlichen Bedarf haben sich an mehreren Stellen Veränderungen gegenüber dem Stellenplan 2010 ergeben. Insgesamt gleichen sich diese Veränderungen im Stellenplan aus und führen nicht zu einer Stellen-

vermehrung.

Stv. Wetterau beantragt, die Stelle des Jugendhilfeplaners erst nach 12 Monaten wiederzubesetzen und diese dann befristet auszuschreiben.

Stv. Sack ist der Meinung, dass nur eine unbefristete Ausschreibung der Stelle für geeignete Bewerber interessant sei. Es handele sich um eine strategische Stelle und kein Projekt. Zudem müsse bedacht werden, dass in Kürze eine Person aus dem Jugendamt ausscheide, die dort seit 40 Jahren tätig sei. Wenn so viel Erfahrung ausscheide, müsse wenigstens auf anderen Stellen Kontinuität in das Arbeitsgebiet gebracht werden.

Stv. Pohler glaubt, bei einer befristeten Ausschreibung bleibe die Stelle für lange Zeit unbesetzt und wichtige Aufgaben könnten nicht bzw. nicht sachgerecht ausgeführt werden und führten auf anderem Wege zu viel höheren (Sozial-) Kosten.

Stv. Ruppert betont, seine Fraktion sei nicht davon überzeugt, dass die Mehrausgabe an dieser Stelle sinnvoll sei und zum Ziel führe.

Der im Vergleich zum Beschlussvorschlag der Verwaltung weitergehende Antrag der CDU-Fraktion, die Stelle des Jugendhilfeplaners erst nach 12 Monaten wiederzubesetzen und diese dann befristet auszuschreiben, wird mit 24 Ja- und 18 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen.

Externe Ausschreibung der Stelle 20/14 (HSK/Finanzcontrolling/Haushalt)

Bgo. Formella legt dar, die Kommunalaufsicht habe einer externen Ausschreibung/Einstellung zugestimmt und empfiehlt, dies über ein entsprechendes Votum des AK Personal abzusichern.

Stv. Wetterau erklärt für seine Fraktion, man halte eine explizite Darlegung der Krankheitssituation für nötig und bittet daher um Erstellung einer gesonderten Vorlage für die nächste Sitzung des Rates.

Bgo. Formella verdeutlicht, ein Attest bescheinige, dass die Stelleninhaberin auf ihrer bisherigen Stelle nicht mehr eingesetzt werden könne.

Da auch **Stv. Pohler** hierin kein Thema einer Stellenplanberatung erkennt, wird eine Beschlussfassung in die nächste Sitzung des AK Personal vertagt.

CDU-Antrag: Streichung der Stelle 70/16

Stv. Pohler fragt, wie die Arbeit des Grünplaners zu kompensieren sei, immerhin handele es sich um eine Gartenstadt.

Stv. Lemke erklärt, de facto komme die Verwaltung schon 3 Jahre ohne diese Stelle aus.

Stv. Wetterau ergänzt, für diese Stelle würde von der Stadt kein Geld mehr vorgehalten, da der Betriebshof ausreichend Ressourcen stelle.

StOVR Terhardt erläutert, die Verwaltung sei bei dem Versuch einer internen Besetzung der Stelle gescheitert. Dennoch bitte er darum, die Stelle heute nicht zu streichen und dem Betriebshofleiter in der nächsten Sitzung des AK Personal Gelegenheit zur Erläuterung zu geben.

Der Antrag der CDU-Fraktion, die Stelle 70/16 zu streichen, wird mit 38 Ja und 6 Nein-Stimmen angenommen.

CDU-Antrag: Stelle 14/1 erhält kw-Vermerk

Stv. Lerch möchte wissen, warum bei Personalaufwendungen / Personalauszahlungen weniger Mittel eingestellt worden seien.

Bgo. Formella erläutert, die Differenz ergebe sich durch Pensions- und Beihilferückstellungen für Beamte.

Stv. Lerch moniert, die durch NKF angepriesene Transparenz des Haushalts sei nicht eingetreten und werde noch einmal angemahnt.

Bgo. Formella verdeutlicht, das Berichtswesen anderer Städte sei besser, weil dort entsprechende personelle Ressourcen für diese Aufgabe vorgehalten würden.

Stv. Pohler vermisst im Zusammenhang mit der zukünftigen Wahrnehmung der Rechnungsprüfung ein zielführendes Personal- und Organisationsentwicklungskonzept. Wenn die Verwaltung dies allein nicht könne, würden Mittel für eine externe Unterstützung zur Verfügung gestellt.

StOVR Terhardt erwidert, ein Personal- und Organisationsentwicklungskonzept sei nicht dazu geeignet, die Verwaltung bzw. den Bürgermeister zu kontrollieren. Dies sei originäre Aufgabe des Rates.

Stv. Sack möchte wissen, welche Verwendung die bereits im letzten Jahr für solche Zwecke zur Verfügung gestellten Mittel in Höhe von 20.000 € gefunden hätten.

Bgo. Formella legt dar, etwa 4.000 € seien für die Aufwendungen des Gemeindeprüfungsamtes eingeplant worden. Die restlichen 16.000 € seien in den Haushalt 2011 übertragen worden und stünden bereit. Der FDP-Antrag auf Kürzung bei den Personalaufwendungen im Produkt allgemeines Personalwesen betreffe auch diese verbliebenen 16.000 €.

Stv. Wetterau erkennt die durchaus schwierige und nicht in Kürze zu schaffende Umstrukturierung der Verwaltung an und meint, der angestrebte kw-Vermerk diene als Erinnerung an die Absicht, das Rechnungsprüfungsamt auszugliedern.

Der Antrag des **Stv. Drennhaus**, die Stelle 20/3 analog zur Stelle 70/16 ebenfalls zu streichen, wird mit 18 Ja- und 19 Nein-Stimmen bei 14 Enthaltungen abgelehnt.

Stv. Lerch kritisiert die Verschiebung vieler Entscheidungen in den AK Personal. Es sei nicht dessen, sondern ureigenste Aufgabe des HFA bzw. Rat, den Stellenplan zu beschließen.

Stv. Pohler sieht diesen Antrag in Zusammenhang mit dem SPD-Antrag, nicht ganze Ämter auszugliedern und einen Ansprechpartner vor Ort vorzuhalten.

Sein Antrag, die Entscheidung über die Stelle 14/1 zu vertagen, wird mit 18 Ja- und 26 Nein-Stimmen abgelehnt.

Stv. Wetterau meint, so lange der Stelleninhaber diese Stelle besetze, müsse diese auch im Stellenplan fortgeführt werden. Man befinde sich hier erst am Anfang eines Diskussionsprozesses und der kw-Vermerk greife erst bei tatsächlichem Freiwerden der Stelle.

Stv. Ruppert spricht sich für eine Weiterführung des Rechnungsprüfungsamtes in Kooperation mit dem Kreis aus.

Stv. Herder gibt zu bedenken, der örtliche Ansprechpartner müsse nicht den Rang eines Amtsleiters haben.

Stv. Janßen möchte diese Entscheidung vertagen, bis die Ausgliederung des RPA beschlossene Sache sei.

Stv. Vossieg beantragt zur Geschäftsordnung den Schluss der Debatte.

Diesem Antrag wird mit 39 Ja-Stimmen bei 5 Enthaltungen stattgegeben.

FDP-Antrag: Keine Ausnahmen zur Befristung von Wiederbesetzungssperren

StOVR Terhardt verweist auf die Anlage 5 der Vorlage 10/086/2011, die Bereiche im Stellenplan ausweise, die unbedingt wiederzubesetzen seien, weil sonst der Dienstbetrieb nicht aufrecht zu erhalten sei. Die Verwaltung schlage eine Beratung im AK Personal vor.

Stv. Wetterau stellt fest, der AK Personal sei kein Beschlussgremium.

Stv. Herder will diesem zumindest eine vorberatende Tätigkeit zubilligen.

Stv. Sack nimmt dies zum Anlass, eine grundsätzliche Diskussion über Aufgaben und Ziele der Arbeitskreise zu führen zu wollen.

Der ergänzte FDP-Antrag, der Ausnahmen zur Frist von Wiederbesetzungssperren grundsätzlich ausschließt und über Ausnahmen den HFA befinden lässt, wird mit 39 Ja- und 4 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen.

FDP-Antrag: Wiederbesetzungen nach Ablauf der nothaushaltsrechtlichen Sperrfrist nur mit Zustimmung des Rat möglich

Stv. Ruppert erkennt die Organisationshoheit des Bürgermeisters zwar an, doch müsse gerade in schweren Zeiten ein vertrauensvolles Miteinander gefunden werden. Er schlägt daher vor, alle Anträge, bei denen die Verwaltung Bedenken rechtlicher Art geäußert habe, in den AK Personal zu schieben. Dort erwarte er im Juni / Juli eine separate Vorlage mit Lösungsvorschlägen der Verwaltung.

Alle nachfolgenden Anträge werden einvernehmlich in eine Sitzung des AK Personal im Juni / Juli dieses Jahres vertagt:

- FDP-Antrag: Wiederbesetzungen nach Ablauf der nothaushaltsrechtlichen Sperrfrist nur mit Zustimmung des Rates möglich
- CDU-Antrag: Wiederbesetzungssperre für alle Stellen gilt bis zum Ablauf des Nothaushalts
- CDU-Antrag: Entfristung von Stellen nur mit Zustimmung des Rates möglich
- CDU-Antrag: Der Ausgleich von Überstunden erfolgt durch Freizeitausgleich
- FDP-Antrag: Bis 2015 wird die Zahl der bisherigen Ämter auf 7 Fachbereiche begrenzt, auf der Grundlage des GPA-Berichtes und der Ausnutzung der natürlichen Fluktuation wird die Zahl der Personalstellen um 20 reduziert
- FDP-Antrag: Aufgabenübertragung der Feuerwehrleitstelle auf den Kreis
- CDU-Antrag: Ausgliederung von Aufgabenbereichen (Hallenbad, Beihilfearbeitung, Personalabrechnung, Rechnungsprüfung)
- CDU-Antrag: Überprüfung einzelner Organisationseinheiten
- SPD-Antrag: keine Ausgliederung ganzer Ämter

FDP-Antrag: Aufgabe des eigenen Rechnungsprüfungsamtes

Stv. Rehm möchte das städtische Rechnungsprüfungsamt in der Hoheit des Rates behalten.

Mit 27 Ja- und 12 Nein-Stimmen bei 5 Enthaltungen beschließt der Rat: „Der Rat strebt an, das eigene Rechnungsprüfungsamt aufzugeben. Die Aufgabenerfüllung soll auf Grundlage einer anzustrebenden Vereinbarung mit dem Kreis oder einer anderen kreisangehörigen Gemeinde erfolgen.“

c)

Der Antrag des Waldorfkindergartens Haan

„Auf Antrag des Waldorfkindergartens Haan e.V. vom 01.02.2011 wird bei Produkt 060110 zur Defizitabdeckung in den Kindertageseinrichtungen in der Parkstr. 29 und Friedrichstr. 54 ein städtischer Zuschuss von 19.000 € etatisiert und mit einem Sperrvermerk versehen. Die Freigabe erfolgt durch den Rat nach Vorberatung im Jugendhilfeausschuss“

wird mit 19 Ja- und 24 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.

Stv. Sack erläutert die Folgen einer Erhöhung der Elternbeiträge und der Kürzung der freiwilligen Zuschüsse an Jugendverbände / -gemeinschaften im Stadtjugendring bzw. freie Träger der Jugendhilfe. Er bitte, die Elternbeiträge nicht zu erhöhen und die Zuschüsse nicht zu kürzen. (Details siehe Skript in der Anlage)

Stv. Lukat erklärt, die stark defizitäre finanzielle Situation der Kindergärten habe auch mit der aktuellen Beitragsstaffelung zu tun. Es sei angezeigt, zur alten Staffelung zurückzukehren.

Stv. Pohler wirft ein, das Geld könne an anderer Stelle (z.B. bei den Steuerhebesätzen) sozial gerechter eingeholt werden.

Stv. Klaus mahnt, den Kindergarten-Tourismus nicht zu unterschätzen.

Stv. Henchoz prophezeit, die einkalkulierten Mehreinnahmen ließen sich nicht erzielen, weil einkommensschwache Eltern sich den Kindergartenbesuch ihrer Kinder nicht mehr leisten könnten und diese nicht mehr in den Kindergarten schickten.

Stv. Stracke führt aus, 2016 schlosse die Grundschule Bachstraße, weil es immer weniger junge Schüler gebe. Parallel dazu weise Haan aber immer mehr Baugebiete aus, was ihn zu der Frage bringe, welche Gesellschaft Haan eigentlich mit einer derart familienfeindlichen Politik anstrebe.

Sein weitergehender Antrag, die Elternbeiträge für die Kindertageseinrichtungen nicht zu erhöhen, wird mit 19 Ja- und 25 Nein-Stimmen abgelehnt.

Bgm. vom Boverl weist darauf hin, dass 25 % der Kindergarten-Eltern aufgrund ihres zu geringen Einkommens derzeit gar keine Beiträge zahlen.

Mit 25 Ja- und 19 Nein-Stimmen beschließt der Rat: „Die Elternbeiträge für Kindertageseinrichtungen (Produkte 060110 und 060120) werden ab Beginn des Kindergartenjahres 2011/2012 nicht um pauschal 10 % erhöht.“

Mit 25 Ja- und 19 Nein-Stimmen beschließt der Rat stattdessen: „ Die KiTa-Gebühren werden auf die alte Staffelung zurückgeführt.“

Weiterhin beschließt der Rat mit 25 Ja- und 19 Nein-Stimmen: „Die freiwilligen Zuschüsse an Jugendverbände / -gemeinschaften im Stadtjugendring (Produkt 060210) und an freie Träger der Jugendhilfe (Produkt 060220) werden pauschal um 10 % gekürzt.“

Investitionsmaßnahme „Ortsteilspielplatz Hasenhaus“

Stv. Lemke betont, die Bürger in Gruiten zahlten Erschließungsbeiträge für diesen Spielplatz. Diese Mittel dürften nicht an anderer Stelle verwendet werden, daher verbiete sich ein Sperrvermerk.

Stv. Pohler drängt die Verwaltung, umgehend Gespräche mit den Trägern aufzunehmen, wie die schnelle Umsetzung der Kindergartenplätze gelingen kann und dar-

über in der nächsten Sitzung des JHA zu berichten. Weiterhin beantragt er für die SPD-Fraktion die Einstellung von 250.000 € für die Erweiterung der KiTa-Plätze in den Haushalt aufzunehmen.

Bgo. Formella erklärt, da es sich um eine Maßnahme des investiven Bereiches handle, könne die Verwaltung dies aufgrund der Kreditlimitierung durch den Kreis nicht umsetzen.

Dieser Antrag wird mit 14 Ja- und 30 Nein-Stimmen **abgelehnt**.

Stv. Sack plädiert für eine Beibehaltung des Sperrvermerkes, weil man den freien Trägern sonst nichts anbieten könne.

Mit 25 Ja- und 19 Nein-Stimmen beschließt der Rat: „Bei der Investitionsmaßnahme „Ortsteilspielplatz Hasenhaus“ (Produkt 060210) wird der Haushaltsansatz 2011 von 30.000 € ohne Sperrvermerk angesetzt.“

d)

Gewerbsteuer

Der Antrag der SPD-Fraktion, den Gewerbesteuer-Hebesatz ab dem Jahr 2011 auf 411 v. H. festzusetzen, wird mit 17 Ja- und 27 Nein-Stimmen **abgelehnt**.

Stv. Drennhaus beantragt, dem Verwaltungsvorschlag zu folgen.

Stv. Lemke erklärt für seine Fraktion, man wolle sich für den Zeitraum ab 2012 eine erneute Beratung des Hebesatzes vorbehalten.

Auch **Stv. Ruppert** sieht keine Notwendigkeit, sich schon heute für die mittlere Finanzplanung festzulegen.

Dem Antrag des **Stv. Drennhaus** wird mehrheitlich **nicht gefolgt**.

Mit 31 Ja- und 10 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen beschließt der Rat: „Der Gewerbesteuer-Hebesatz wird für das Haushaltsjahr 2011 auf einen Wert von 398 v.H. festgesetzt.“

Grundsteuer A

Der Antrag der SPD-Fraktion, den Hebesatz für die Grundsteuer A ab dem Jahr 2011 auf 209 v.H. anzuheben, wird mit 18 Ja- und 26 Nein-Stimmen **abgelehnt**.

Mit 31 Ja- und 11 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen beschließt der Rat: „Der Hebesatz für die Grundsteuer A wird für das Haushaltsjahr 2011 auf einen Wert von 200 v.H. festgesetzt.“

Grundsteuer B

Der Antrag der SPD-Fraktion, den Hebesatz für die Grundsteuer B ab dem Jahr 2011 auf 413 v.H. anzuheben, wird mit 18 Ja- und 24 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt.

Mit 29 Ja- und 11 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen beschließt der Rat: „Der Hebesatz für die Grundsteuer B wird ab dem Haushaltsjahr 2011 auf einen Wert von 398 v.H. festgesetzt.“

Hundesteuer

Einstimmig beschließt der Rat: „Die Satzung zur Änderung der Hundesteuersatzung wird in der Fassung der Anlage 1 beschlossen.“

Politische Gremien

Mit 42 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen beschließt der Rat: „Im Produkt 010100 wird die Position 16 ab dem Jahr 2011 um 10.000 € (insbesondere durch 10 %ige Reduzierung der Zuwendungen an Fraktionen) gekürzt.“

Beschaffung, Organisation und allgemeine Verwaltung

Den Antrag der FDP-Fraktion, im Produkt 010720 bei Position 16 eine Kürzung i.H.v. 10.500 € vorzunehmen, hat die Verwaltung bereits in ihrer Ergänzungsvorlage 20/016/2011/1 berücksichtigt.

Stv. Rehm bittet die Verwaltung um eine kurze Erläuterung zu Position 13.

StOVR Opfer erläutert, die Aufwandsart „Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen“ enthalte alle im Rahmen der Aufgabenerfüllung anfallenden Sach- und Dienstleistungen des Produktes 010720. Zu den veranschlagten 442.417 € gehören die im Haushaltsplan auf Seite 79 zu Ziffer 13 aufgeführten Aufwendungen. Die vorgeschlagene Kürzung entfalle also auf den Gesamtbetrag.

Stv. Pohler hält eine Kürzung an dieser Position mit Blick auf die notwendigen Erneuerungen von Telefonanlage und Datenleitungen für ein Sparen an der falschen Stelle und möchte lieber mit einem Sperrvermerk arbeiten.

Stv. Ruppert ist der Ansicht, die Notwendigkeit der Erneuerung von Telefonanlage und Datenleitungen im Rathaus sei Konsens, es müsse von der Verwaltung an anderer Stelle dieses Produktbereiches eingespart werden.

Mit 26 Ja- und 18 Nein-Stimmen beschließt der Rat: „Im Produkt 010720 wird bei Position 13 für das Jahr 2011 eine Kürzung i.H.v. 10.000 € vorgenommen.“

Allgemeines Personalwesen

Stv. Wolfsperger betont, gerade vor dem Hintergrund einiger ausscheidender Führungskräfte in den kommenden Jahren, müsse die Verwaltung gut ausgebildeten Nachwuchs vorhalten und hält eine Kürzung an dieser Stelle für ein falsches Signal.

Mit 24 Ja- und 20 Nein-Stimmen beschließt der Rat: „Im Produkt 010810 wird für 2011 bei Position 16 eine Kürzung um 10.000 € vorgenommen.“

Räumliche Planung und Entwicklung

Stv. Drennhaus erklärt, der Grundsatzbeschluss aus dem Jahre 1997 entspreche nicht mehr der einhelligen Meinung des Rates, der keine Verlagerung des Sportplatzes mehr wolle. Daher seien die Planungskosten zu streichen.

Stv. Rehm ist der Ansicht, es müssten lediglich die Erläuterungen geändert werden, da die Planungskosten auch an einem anderen Standort entstünden.

Bgm. vom Bover fragt angesichts der ungeklärten Immissionsproblematik am bisherigen Standort, ob eine derartige Festlegung tatsächlich sinnvoll sei.

Stv. Pohler bekräftigt, die 35.000 € blähten den Haushalt 2011 unnötig auf und könnten dieses Jahr herausgenommen werden. Die Planung am bisherigen Standort solle aus Mitteln der Sportpauschale finanziert werden.

Stv. Lemke empfiehlt eine flexible Handhabung, wonach eine Planung an der Windfoche weiter im Auge behalten werden müsse, wenn eine Lösung der Immissionsproblematik am bisherigen Standort nicht zu erreichen sei.

Auch **Stv. Ruppert** hält das Setzen eines Sperrvermerkes für die beste Lösung.

Einstimmig beschließt der Rat: „Im Produkt 090110 werden die Planungskosten i.H.v. 35.000 € gestrichen. Dafür werden Planungskosten i.H.v. 35.000 € für den bisherigen Standort des Sportplatzes Gruiten angesetzt und dieser Ansatz mit einem Sperrvermerk versehen.“

Technikunterstützte Informationsverarbeitung

Mit 24 Ja- und 17 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen beschließt der Rat: „Im Produkt 011000 wird für 2011 bei Position 13 eine Kürzung i.H.v. 5.000 € vorgenommen. Bei Position 16 beträgt die Kürzung 10.000 €.“

Einstimmig beschließt der Rat weiterhin: „Im Teilfinanzplan wird bei Position 9 „Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen (Hardwareaustausch)“ ein Sperrvermerk i. H. v. 50.000 € gesetzt.“

Öffentliches Grün, Waldflächen

Stv. Pohler erklärt, seine Fraktion werde diesen Antrag ablehnen, da in Haan bereits jetzt schon nur geringe Mittel zur Pflege von Grünflächen und Wald zur Verfügung stünden, obwohl man sich Gartenstadt nenne.

Stv. Ruppert meint, auch eine Gartenstadt müsse sich der schlechten Haushaltslage stellen.

Mit 25 Ja- und 16 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen beschließt der Rat: „Im Produkt 130110 wird für 2011 bei Position 13 eine Kürzung i.H.v. 8.000 € vorgenommen.“

Abwehrender Brandschutz und technische Hilfeleistungen

Stv. Pohler meint, die Feuerwehr habe sich stets wenig fordernd verhalten und zeichne sich durch vorausschauende Finanzplanung aus. Diese Ausgabe dürfe nicht gestrichen werden, da sonst aufgrund des Zustands des alten Fahrzeuges die Aufgabenerfüllung gefährdet sei.

Einstimmig beschließt der Rat: „ Im Produkt 020410 wird für 2012 ein Sperrvermerk für die Ersatzbeschaffung des Kommandowagens mit Freigabe durch den HFA gesetzt.“

Bürgerhaus Gruitzen

Bgm. vom Bover betont, die Schließung zum Jahresende komme zu schnell. Das Konzept des Vereins „Phönix“ habe in der Kürze der Zeit nicht kritisch hinterfragt werden können. Hinzu komme, dass der Hausmeister des Bürgerhauses erst 2012 aus dem Dienst ausscheide. Insgesamt müsse mehr Zeit gewonnen werden.

Stv. Pohler möchte zunächst alternative Veranstaltungsräume auf ihrer Geeignetheit prüfen lassen. Die Räume der Kirchengemeinde seien viel zu klein und könnten das Bürgerhaus nicht ersetzen. Ein entsprechender Prüfauftrag sei der richtige Weg.

Die Anmerkung des **Stv. Ruppert**, viele Veranstaltungen müssten gar nicht in Haan oder Gruitzen stattfinden, erwidert **Stv. Drennhaus** mit seiner Einschätzung, dass die Gruitener Vereine sehr wohl Bedarf für das Bürgerhaus hätten.

Stv. Lemke führt aus, alle Anwesenden wüssten um die Gebäude- und Immissionsmängel des Bürgerhauses. Zur enormen laufenden Belastung komme spätestens bei der nächsten größeren Investition ein großer finanzieller Verlust. Eine Vereinsträgerschaft sei aufgrund der Größe des Bürgerhauses nicht möglich. Der Verein „Phönix“ möchte eine Übernahme des Katholischen Kirchengemeindesaals sicherstellen. Der Pfarrsaal sei auf 199 Personen ausgelegt und damit ausreichend groß. Mit dem Konzept von „Phönix“ einher gehe eine gastronomische Attraktivierung von Gruitzen-Dorf. Wenn der Rat den einmaligen Zuschuss i.H.v. 436.000 € beschließe, bestehe sofortige Handlungswilligkeit bei „Phönix“. Lange Prüfaufträge hemmten nur die Handlungsbereitschaft von „Phönix“.

Bgo. Formella macht deutlich, dass ein Zuschuss wie dieser den Liquiditätskredit erhöhe und die Ergebnisrechnung zusätzlich belaste. Entfalle die Instandhaltungsrückstellung i.H.v. 436.000 € nachträglich, sei die Rückstellung ergebnisneutral gegen die allgemeine Rücklage zu buchen.

Stv. Rehm erkennt Einvernehmen darin, dass das Bürgerhaus als solches keine Zukunft mehr habe und zum 31.12.2012 geschlossen werden solle. Dem heute vorgelegten Konzept von „Phönix“ könne er nicht zustimmen, weil ihm die rechtliche Absicherung fehle.

Stv. Wolfspurger erklärt, dieser handstreichartigen Präsentation eines Konzeptes nicht zustimmen zu können, zumal auch der vorgesehene Pfarrsaal aufgrund eines Dachsadens sanierungsbedürftig sei.

Bgo. Formella sieht Mitte 2012 als realistischen Termin für eine Schließung des Bürgerhauses an.

Bgm. vom Bover gibt zu bedenken, der Pfarrsaal sei nicht immer nutzbar. An katholischen Feiertagen werde die Katholische Kirche diesen für sich vorbehalten wollen. Alternativ überlege die Verwaltung mittels einer neuen Möblierung des Sitzungssaales im Rathaus, die Ratssitzungen künftig wieder dort auszurichten.

StAR Ruschke bittet um Planungssicherheit und einen festen Zeitplan zur Schließung des Bürgerhauses, da die Anfragen vieler langjähriger Nutzer zu beantworten seien.

Einstimmig beschließt der Rat: „Das Bürgerhaus Gruiten wird unter dem Vorbehalt der adäquaten Nutzbarkeit einer alternativen Versammlungsstätte in Gruiten zum 30.06.2012 geschlossen.“

Weiterhin beschließt der Rat mit 25 Ja- und 16 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen: „Die Fläche ist zu vermarkten. Es sind umgehend Gespräche zur Sicherung einer alternativen Versammlungsstätte zu führen. Die Stadt beabsichtigt, eine einmalige Zahlung zur Mitfinanzierung der Versammlungsstätte zu leisten. Im Haushaltsjahr 2011 werden daher 436.000 € als Zuschuss an einen Dritten zur Ertüchtigung einer anderen Versammlungsstätte in Gruiten veranschlagt und mit einem Sperrvermerk mit Freigabe durch den HFA versehen.“

Bgo. Formella weist darauf hin, dass diese Mittel im Produkt 040400 (Kulturverwaltung) zu veranschlagen seien.

Sportplatz Gruiten

Stv. Pohler erkennt allgemeines Einvernehmen darin, den Gruitener Sportplatz an seinem bisherigen Standort zu erhalten. Wenn der Förderverein die Stadt um Hilfe bitte, könnten hierfür die Mittel aus der Sportpauschale verwendet werden. Das Engagement der ehrenamtlichen Vereinsvorstände solle belohnt werden. Die Festlegung auf eine Kunstrasenfläche sein aber nicht hilfreich.

Stv. Drennhaus schlägt vor, eine Sanierung der Umkleieräume und sanitären Bereiche in der Sporthalle Adlerstraße ebenfalls über die Sportpauschale zu finanzieren.

Stv. Lemke erläutert, der Platzbelag aus roter Asche sei abgänglich und Kunstrasen der gängige Belag der Gegenwart. Hier gelte es auch die Konkurrenzsituation zu Nachbarvereinen zu beachten.

Bgm. vom Boverl macht deutlich, aufgrund des Immissionsschutzes dürfe die Sanierung nicht den Eindruck einer Neuerrichtung erwecken.

Bgo. Formella legt dar, die Sportpauschale könne auch bei der Sporthalle Adlerstraße entsprechend des Anteiles der Vereinsnutzung an der Belegung der Sportstätten eingesetzt werden.

Einstimmig beschließt der Rat: „Die Initiative zur Sanierung des Sportplatzes Gruiten an vorhandener Stelle wird unterstützt. Die Maßnahme wird durch Mittel der Sportpauschale unterstützt.“

Der Vorschlag des **Stv. Drennhaus**, über den Einsatz von Mitteln aus der Sportpauschale für die Sporthalle Adlerstraße zu einem späteren Zeitpunkt zu entscheiden, findet allgemeines Einvernehmen.

Beschaffung, Organisation und allgemeine Verwaltung

Einstimmig beschließt der Rat: „Im Produkt 010720 sind im Teilfinanzplan die Ansätze für die Erneuerung des Daten- und Telekommunikationsnetzes und die Anschaffung einer neuen Telefonanlage mit einem Sperrvermerk zu versehen, der durch den HFA nach Vorlage der Planung aufgehoben werden kann. Neben den Kosten für die Erneuerung sind auch die entsprechenden Nebenkosten aufzuführen.“

Einvernehmen besteht zum FDP-Antrag, bei den großen anstehenden Bauvorhaben (Erneuerung Telefonanlage Rathaus, Walder Straße, Sanitärräume Adlerstraße) zu prüfen und vor Auftragsvergabe im BVVFA zu beraten, ob Standardreduzierungen ohne Verzicht auf Zweckmäßigkeit und Dauerhaftigkeit möglich sind.

Grundstücksmanagement

Einstimmig beschließt der Rat: „Die folgenden Flächen werden bestmöglich veräußert:

- Dieker Str. (bisherige Musikschule / VHS)
- Blücherstr. (frühere Pestalozzischule)

Vor einer Veräußerung des Geländes an der Bachstraße ist die alternative Unterbringung der bisherigen Nutzer zu klären.“

Volkshochschule

Stv. Dürr gibt eine Stellungnahme zur VHS ab (Anlage 7). Der Wortlaut des CDU-Antrages sei nicht akzeptabel.

Stv. Lemke erklärt, auch die VHS müsse auf den Prüfstand. Niemand beabsichtige, aus dem Zweckverband auszusteigen, doch müsse über eine effektive Kostendeckung geredet werden.

Bgo. Formella berichtet, für den morgigen Abend sei ein Runder Tisch mit den Mitgliedern des VHS-Zweckverbandes anberaumt, wo über das weitere Vorgehen beraten werde. Sie schlage eine kontinuierliche Berichterstattung durch die Verwaltung vor.

Mit 25 Ja- und 18 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung beschließt der Rat: „Die Verwaltung wird beauftragt, den bestehenden VHS-Vertrag mit der Stadt Hilden zu überprüfen. Grundsätzlich sollen die künftig anfallenden Kosten für den neuen Standort maximal den derzeitigen Kosten entsprechen.“

Gebührenberechnungen

Einvernehmen besteht zum UWG-Antrag „Alle Gebührensatzungen werden regelmäßig überprüft, um Veränderungen in der Kostenhöhe und -struktur zeitnah berücksichtigen zu können.“

Kommunalwahl

Stv. Pohler erklärt, zusätzlich zum Wortlaut des Antrages sollten interfraktionelle Gespräche zur Zusammenlegung von Ausschüssen geführt werden.

Stv. Herder gibt zu bedenken, eine Verkleinerung des Rates sei mit Personalaufwand in der Verwaltung verbunden. Zudem habe es negative Auswirkungen auf die Demokratie: Die kleineren Parteien könnten ihre Aufgaben nicht mehr erfüllen, wenn sie nicht im Rat vertreten seien. Dies müsse im Vorfeld einer solchen Entscheidung seitens der Verwaltung geprüft werden.

Stv. Giebels erinnert daran, dass die großen Fraktionen den kleineren zu Beginn der Legislaturperiode das Stimm- und Rederecht angeboten hätten. In finanziell schweren Zeiten sei es durchaus legitim, sich über eine Verkleinerung von Rat und Ausschüssen zu unterhalten.

Stv. Sack spricht sich dafür aus, schon in dieser Legislaturperiode zu prüfen, ob Ausschuss-Verkleinerungen möglich seien.

Stv. Pohler regt zusätzlich an, die Papier-, Druck- und Zustellkosten durch eine konsequente Umstellung auf die papierlose Ratsarbeit einzusparen.

Mit 41 Ja- und 2 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung beschließt der Rat: „Die Anzahl der

Wahlbezirke zur nächsten Kommunalwahl wird um 2 Bezirke verringert.“

Der Antrag der GAL-Fraktion, Mittel i.H.v. 30.000 € in den Haushalt einzustellen, um die Suche nach einem neuen Standort für den städtischen Kindergarten umzusetzen, wird mehrheitlich abgelehnt.

Der Antrag der GAL-Fraktion, die Energiekosten in den langfristigen Haushaltsplanungen darzustellen und die Einsparpotentiale mit Zielmarken zu versehen, wird zur weiteren Beratung mehrheitlich an den PIUA verwiesen.

Der Antrag der GAL-Fraktion, die Parkgebühren für die oberirdischen Parkplätze zu erhöhen und die „Brötchentaste“ abzuschaffen, wird zur weiteren Beratung mehrheitlich an den BVVFA verwiesen.

Bgo. Formella weist darauf hin, dass die Beschlüsse zur Vergnügungs- und Hundesteuer sowie zum Bürgerhaus Gruiten in das Haushaltssicherungskonzept 2011-2015 übernommen würden.

Abstimmungsergebnis:

a)

mit 19 Ja- und 25 Nein-Stimmen **abgelehnt**

b)

27 Ja- und 17 Nein-Stimmen

c)

ohne Beschlussfassung

d)

1. 26 Ja- und 16 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung

2. 28 Ja- und 14 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung

3. 26 Ja- und 16 Nein-Stimmen

4. einstimmig

Beschluss:

a)

„Der Stellenplan 2011 für den Bereich des Jugendamtes wird entsprechend dem Verwaltungsentwurf mit den unter Ziffer 2.4 in der Vorlage 10/086/2011 aufgeführten personalwirtschaftlichen Maßnahmen sowie unter Berücksichtigung der Beratungsergebnisse des Rates vom 29.03.2011 beschlossen.“

b)

„Der Stellenplan für das Haushaltsjahr 2011 wird entsprechend dem in Anlage 1 beigefügten Verwaltungsentwurf unter Berücksichtigung der Beratungsergebnisse des Rates vom 29.03.2011 beschlossen. Den unter 2.4 aufgeführten personalwirtschaftlichen Maßnahmen wird unter Berücksichtigung der Beratungsergebnisse des Rates vom 29.03.2011 zugestimmt.“

c)

„Der Haushalt 2011 für den Bereich des Jugendamtes wird entsprechend dem beigefügten Verwaltungsentwurf beschlossen unter Ausklammerung folgender Haushaltsansätze:

- Elternbeiträge für Kindertageseinrichtungen (Produkte 060110 und 060120)
- freiwillige Zuschüsse an Jugendverbände/-gemeinschaften im Stadtjugendring (Produkt 060210) und an freie Träger der Jugendhilfe (Produkt 060220).“

„Das Haushaltssicherungskonzept 2011-2015 wird, soweit Maßnahmen den Bereich des Jugendamtes betreffen, entsprechend dem Verwaltungsentwurf beschlossen unter Ausklammerung folgender Haushaltsansätze:

- Elternbeiträge für Kindertageseinrichtungen (Produkte 060110 und 060120)
- freiwillige Zuschüsse an Jugendverbände/-gemeinschaften im Stadtjugendring (Produkt 060210) und an freie Träger der Jugendhilfe (Produkt 060220).“

d)

1.

„Das Haushaltssicherungskonzept

2011-2015 für den Ergebnisplan

2011-2014 für die Auszahlungen für Investitionen

wird in der Fassung beschlossen, die sich aus dem Verwaltungsentwurf und den Beratungsergebnissen des Rates vom 29.03.2011 ergibt. Die Investitionsdringlichkeitslisten A und B werden in der Fassung beschlossen, die sich aus dem Verwaltungsentwurf und den Beratungsergebnissen des Rates vom 29.03.2011 ergibt. Die Beschlüsse zu Vergnügungs- und Hundesteuer sowie zum Bürgerhaus werden in das

Haushaltssicherungskonzept 2011-2015 eingegliedert.“

2.

„Die als Anlage beigefügte Satzung über die Festsetzung der Steuersätze für die Realsteuern der Stadt Haan im Haushaltsjahr 2011 wird mit folgenden Steuersätzen beschlossen:

| | | |
|---------------|-----------|---|
| Grundsteuer A | 200 v.H. | land- und forstwirtschaftliche Betriebe |
| Grundsteuer B | 398 v.H. | bebaute und unbebaute Grundstücke |
| Gewerbsteuer | 398 v.H.“ | |

3.

„Die Haushaltssatzung 2011 mit ihren Anlagen wird in der Fassung beschlossen, die sich aus dem Verwaltungsentwurf und den Beratungsergebnissen des Rates vom 29.03.2011 ergibt.“

4.

„Der Übertragung von Ermächtigungen für Auszahlungen für Investitionen und für Auszahlungen aufgrund Instandhaltungsrückstellungen von 2010 nach 2011 entsprechend der Anlage 7 zu dieser Vorlage wird zugestimmt.“

**7./ 3. Änderungssatzung der Gebührensatzung für die Abfallbeseitigung der Stadt Haan vom 19.11.1976
Vorlage: 60/021/2011**

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Beschluss:

„Die Satzung über die 3. Änderung der Gebührensatzung für die Abfallbeseitigung der Stadt Haan wird entsprechend dem vorliegenden Entwurf beschlossen.“

**8./ 3. Änderungssatzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Haan vom 18.02.2002
Vorlage: 60/022/2011**

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Beschluss:

„Die Satzung über die 3. Änderung der Satzung über die Abfallentsorgung der Stadt Haan vom 18.12.2002 wird entsprechend dem vorliegenden Entwurf beschlossen.“

**9./ Dichtheitsprüfung von privaten Abwasserleitungen
- Abänderung der Fristen innerhalb der Wasserschutzzone -
Vorlage: 66/015/2011**

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Beschluss:

„Die mit dieser Sitzungsvorlage vorgelegte „Satzung der Stadt Haan zur Abänderung der Fristen bei der Dichtheitsprüfung von privaten Abwasserleitungen gemäß § 61 a Abs. 3 bis 7 LWG NRW innerhalb der Wasserschutzzonen im Stadtgebiet Haan“ wird beschlossen.“

**10./ Aufgabe des Übergangsheimes / Standort Neandertalweg 4
Vorlage: 51/029/2011**

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Beschluss:

„Mit sofortiger Wirkung wird das für obdachlose Personen vorgehaltene Übergangsheim Neandertalweg 4 aufgelöst sowie der Standort für diesen Zweck aufgegeben.“

**11./ Aktualisierung der Richtlinien für die Gewährung wirtschaftlicher Leistungen im Rahmen von Hilfe zur Erziehung
Vorlage: 51/033/2011**

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Beschluss:

„Die vorgelegten Veränderungen bei den Beihilfen und Zuschüssen im Rahmen von Hilfe zur Erziehung bei außerhäuslicher Unterbringung werden beschlossen.“

**12./ Radwege auf stillgelegten Bahntrassen - Einbindung Haans
hier: Sachstandsbericht durch den Kreis Mettmann und Beschluss
Vorlage: 61/046/2011**

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Beschluss:

"Mit dem Kreis Mettmann ist eine Vereinbarung zur Nutzung der Trasse der ehemaligen Kleinbahn im Abschnitt zwischen Holthausen und An der Schmitte über den Ausbau und die Nutzung als Fuß-/Radwegezubringer zur Trasse der östlichen Korrenzieherbahn zu treffen."

**13./ Vorhabensbezogener Bebauungsplan Nr. 165 "alte Wache Schillerstraße"
hier: Aufhebung des Satzungsbeschlusses vom 19.12.2006;
Beschluss über die abgegebenen Stellungnahmen, § 3 (2) BauGB
und § 4a (3) BauGB;
Satzungsbeschluss, § 10 (1) BauGB
Vorlage: 61/047/2011**

Abstimmungsergebnis:

25 Ja- und 17 Nein-Stimmen

Beschluss:

- „1. Der Satzungsbeschluss vom 19.12.2006 wird aufgehoben.
2. Über die im Rahmen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 (1) BauGB und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange nach § 4 (1) BauGB, über die in der öffentlichen Auslegung nach § 3 (2) BauGB und in der Beteiligung nach § 4 (2) BauGB sowie über die im Verfahren nach § 4a (3) BauGB vorgelegten Stellungnahmen wird entsprechend dem Ergebnis der Prüfung in dieser Sitzungsvorlage entschieden.
3. Der Bebauungsplan Nr. 165 „alte Wache Schillerstraße“ in der Fassung vom 18.08.2010 wird gemäß § 10 (1) BauGB als Satzung beschlossen. Der Begrün-

dung in der Fassung vom 18.08.2010 wird zugestimmt.

Das Plangebiet befindet sich in der Haaner Innenstadt an der Schillerstraße 14, am Rande des Schillerparks. Der räumliche Geltungsbereich umfasst die Flurstücke Gemarkung Haan, Flur 26, Nr. 378, 380, 382.

Die genaue Festlegung des räumlichen Geltungsbereiches erfolgt durch die Planzeichnung."

**14./ Einbau einer neuen Heizkesselanlage im Hallenbad Alter Kirchplatz
hier: Auftrag an die Gesellschafterversammlung
Vorlage: SKA/019/2011**

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Beschluss:

„Der Bürgermeister als Vertreter in der Gesellschafterversammlung wird beauftragt, die Stadtwerke Haan GmbH zu veranlassen, folgende Maßnahme durchzuführen:

1. Im Zuge der Errichtung eines BHKW durch die Stadtwerke Haan GmbH ist zur Nutzung von technischen und wirtschaftlichen Synergiepotentialen zeitnah auch die bestehende Heizkesselanlage im Hallenbad „Alter Kirchplatz“ durch die Stadtwerke Haan GmbH zu erneuern. Die Erneuerung umfasst die Demontage der alten Anlage sowie die Beschaffung und den Einbau einer neuen Heizkesselanlage.

2. Die durch die Stadt Haan in Anspruch genommene Nutzung der Heizkesselanlage ist bis zur Realisierung der geplanten Eingliederung des Hallenbades in die Stadtwerke Haan GmbH auf der Grundlage eines noch zu erstellenden Vertrages zu vergüten.“

**15./ Haaner Kirmes 2011 - Erlass des Innenministers und Gebührensatzung
Antrag der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Haan vom 04.02.2011
Vorlage: 32-2/007/2011**

Protokoll:

Stv. Giebels bedankt sich bei der Verwaltung für die umfangreiche und informative Vorlage. Er fragt, wann und auf welchem Wege die Mehrkosten der diesjährigen Jubiläumskirmes refinanziert werden könnten.

StORR Rennert erläutert, die Verwaltung habe eine Sonderumlage bei den Schaustellern erhoben.

Stv. Pohler ist der Ansicht, entgegen der Auskunft der Verwaltung, wäre der Rat doch zu einer Kirmesverlängerung zu befragen gewesen, weil es kein Geschäft der laufenden Verwaltung sei.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

Beschluss:

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

**16./ Sachstandsbericht zum "10-Punkte-Klimaschutzprogramm für Haan"
Vorlage: SKA/018/2011**

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

Beschluss:

Der Sachstandsbericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

**17./ Zielvereinbarung zwischen Rat und Verwaltung zur Wirtschaftsförderung
Vorlage: 23/027/2010/1**

Protokoll:

Es besteht Einvernehmen, dass vor einer weiteren Beratung in der nächsten Sitzung des HFA eine interfraktionelle Beratung durchzuführen ist.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

Beschluss:

„Aufgrund des verschiedentlich noch bestehenden Beratungsbedarfes wird eine Beschlussfassung in der nächsten Sitzung des HFA angestrebt.“

**18./ Änderung der Geschäftsordnung des Rates der Stadt Haan
- hier: Antrag der Ratsfraktion Die Linke
Vorlage: 32-1/003/2011**

Protokoll:

Stv. Janßen erläutert den Antrag der Fraktion Die Linke und begründet diesen mit dem Transparenzgewinn für die Bürger der Stadt.

Abstimmungsergebnis:

33 Ja- und 5 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen

Beschluss:

„Der Antrag der Fraktion DIE LINKE wird zurückgewiesen.“

**19./ Einführung eines standardisierten Verfahrens für die Behandlung von
Bürgeranträgen und Zuschriften
- hier: Antrag der Fraktion Die Linke vom 27.01.2011
Vorlage: 10/092/2011**

Abstimmungsergebnis:

34 Ja- und 4 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen

Beschluss:

„Der Antrag der Fraktion Die Linke wird zurückgewiesen.“

**19. Neubesetzung von Ausschüssen
1./ Vorlage: 10/093/2011**

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Beschluss:

"Im Jugendhilfeausschuss der Stadt Haan wird Herr Dr. Marc Seeger durch Herrn

Vincent Endereß ersetzt. Weiterhin wird Herr Vincent Endereß als stellvertretendes Mitglied durch Frau Victoria Elsner ersetzt.

Im Planungs- und Umweltausschuss der Stadt Haan ersetzt Herr Christoph Schmidt Herrn Roman Eichler. Weiterhin ersetzt Herr Ulrich Klaus Herrn Tobias Reils.

Im Bau-, Vergabe-, Verkehrs- und Feuerschutzausschuss der Stadt Haan ersetzt Herr Alfred Leske Herrn Bernd Krumsiek.

Im Schul- und Sportausschuss der Stadt Haan wird Herr Ulrich Klaus durch Herrn Bernd Krumsiek ersetzt.

Im Sozialausschuss der Stadt Haan scheidet Herr Hans Peter Küpper als sachkundiger Bürger aus und wird durch Frau Simone Kunkel-Grätz ersetzt.

Im Kulturausschuss der Stadt Haan ersetzt Frau Ute Dörr Herrn Michael Schneider.

Frau Melanie Thiede wird als sachkundige Bürgerin ohne feste Ausschusszuweisung gemeldet."

20./ Beantwortung von Anfragen

Protokoll:

Es liegen keine Anfragen vor.

21./ Mitteilungen

Protokoll:

Stv. Daniel teilt mit, dass er die Kennzahlen im Haushaltsplanentwurf vermisse und hoffe auf eine Veröffentlichung im kommenden Jahr.